

Kommentar

Sultan Erdogan

Von Pierre Heumann

Ein alter Krieg lebt wieder auf. Als ob es im Mittleren Osten nicht bereits genügend Gewalt gäbe, bekämpfen sich seit Wochen Kurden und die türkische Armee. Die Zeichen stehen auf Eskalation. Der Waffenstillstand zwischen Ankara und den Kurden, der im März 2013 in Kraft getreten war und der Hoffnungen auf ein Friedensabkommen hatte aufkommen lassen, ist gebrochen. Auch gestern gab es wieder Tote und Verletzte. Türkische Sicherheitskräfte zählen rund 70 Opfer, seit die Angriffe der Kurdenmiliz PKK Ende Juli begannen. Ankara vermeldet für denselben Zeitraum mehr als 900 tote PKK-Kämpfer. Auch in diesem Konflikt ist ein Ende der Gewalt nicht abzusehen. Hartnäckig verfolgen die militanten Kurdenparteien ihre nationalen Ziele. Und Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mehrere Gründe, um hart gegen die Kurden vorzugehen. Seine Zusage, er werde gegen den Islamischen Staat vorgehen, war von Anfang an nicht zum Nennwert zu nehmen. Seine Prioritäten decken sich nicht mit denen der westlichen Alliierten. Der Islamische Staat steht für ihn als Gegner an letzter Stelle. Als Feind Nummer eins sieht Erdogan die Kurden. Syrische Kurden kontrollieren grosse Teile des türkisch-syrischen Grenzgebiets. Erdogan, der sich als Retter sunnitischer Interessen versteht, will nicht tatenlos zusehen, wie die Kurden fast die Hälfte dieser Region übernehmen und kontrollieren. Die syrische Kurdenpartei PYD strebt nach einem eigenen Staat, der Zugang zum Mittelmeer hätte – eine Vorstellung, die für Erdogan nicht akzeptabel ist. In einer von der PYD kontrollierten Region, so seine Befürchtung, könnte die türkische Kurdenpartei PKK einen militärischen Stützpunkt einrichten. Von dort würde sie die türkische Grenzregion unsicher machen.

Erdogan geht davon aus, dass der Konflikt mit den Kurden seine Wahlchancen erhöht.

Zudem stehen am 1. November Neuwahlen an. Erdogan geht davon aus, dass der Konflikt mit den Kurden seine Wahlchancen erhöht. Das zumindest legt die Studie eines Istanbuler Beratungsbüros nahe. Der «politische Gewalt-Index» zeigt für die Türkei eine enge Korrelation zwischen Krieg und Zuspruch der Bevölkerung. Mit seiner Wahlkampfstrategie geht Erdogan zwar Risiken ein. Sein militanter, autokratisch-islamistischer Regierungsstil könnte ihn in liberalen und linken Kreisen Stimmen kosten, zudem natürlich bei den Kurden. Doch davon lässt sich Erdogan nicht beeindrucken. Er spielt auf Risiko. Bei den nächsten Wahlen will er mit seiner Partei so gut abschneiden, dass er ohne Zuzug von Koalitionspartnern eine Regierung bilden kann. Dann, so hofft der neue Sultan, wird er in der geänderten Verfassung seine eigene Rolle stärken können. Und die Türkei nach seinem Vorbild formen. pierre.heumann@baz.ch Seite 6

Erfolgreiche Mitte-links-Koalition

Jetzt ist es wissenschaftlich nachgewiesen: Die Mitte stärkt SP und Grüne

Von Dominik Feusi, Bern

Zuerst war es nur SP-Präsident Christian Levrat. Anfang Januar am traditionellen Dreikönigspäro der Sozialdemokraten machte er einen bemerkenswerten Schwenk in seiner Beurteilung der politischen Lage definitiv. Zum ersten Mal sprach er von der «anderen Mehrheit», die man im Bundesrat habe etablieren können, nachdem zwischen 2003 und 2007 «la droite pure» (auf Deutsch: «die rechte») regiert habe, so dozierte er zwischen Dreikönigskuchen und Weisswein. Die Koalition von Mitte-Links, also SP, Grüne, CVP, GLP und BDP verfüge über 128 Sitze in der Bundesversammlung. Das sei entscheidend für die Zusammensetzung des Bundesrates. Nur schon der Verlust von sechs Sitzen ändere die Kräfteverhältnisse in der Bundesversammlung.

Druck auf die Partner in der Mitte
Das war eine Kehrtwende in der Argumentation. Levrat hatte vorher allenfalls von einer drohenden Rechtsmehrheit gesprochen, wenn SVP und FDP je zwei Bundesräte haben würden, aber nie eine aktuelle Mitte-links-Mehrheit zugegeben. Auf entsprechende Anfragen hatte er vor allem darauf hingewiesen, dass die Linke seit

Jahr und Tag in National- und Ständerat in der Minderheit sei. Eine «Mitte-links»-Mehrheit in Bundesrat und Parlament, das gab es in seiner damaligen Welt nicht. Wer darüber schrieb, gehörte bestenfalls ins Lager der Populisten. Glücklicherweise diese Argumentationslinie waren vor allem CVP und BDP, die sich gut dahinter verstecken konnten.
Nur: im Wahljahr ist erstens alles anders. Und zweitens als man denkt. Die Verteidigung der vorher unbekanntenen «Mitte-links-Mehrheit» gehört nun wieder zum Standardrepertoire des SP-Präsidenten wie 2011, als es um die Wiederwahl von BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ging. Das Ziel ist die Mobilisierung der eigenen Leute für die Wahlen und Druck auf die Allianzpartner CVP, BDP und GLP in der Mitte.
Und jetzt kommt die *Neue Zürcher Zeitung* daher und stellt in einem Parlamentarierrating fest, das der Politograph Michael Hermann erstellte, was sich seit dem Jahr 2011 in den Sessionen der eidgenössischen Räte beinahe täglich erleben lässt: Das Parlament ist nach links gerutscht. Hermann hat dafür – und das macht seine Untersuchung so interessant – nicht subjektiv beurteilt, ob ein Geschäft eher ein «linkes» oder «rechtes» Anliegen verfolgt, sondern bloss kühl errechnet, welche

Koalitionen von Parteien umstrittene Abstimmungen gewannen.
230 Abstimmungssiege mehr
Das Resultat: Bis 2011 gewann Mitte-Rechts 57 Prozent der kontroversen Abstimmungen im Nationalrat. In der ablaufenden Legislatur sind es nur noch 50 Prozent. Von 2011 bis jetzt hat die Mitte zusammen mit der Linken 230 umstrittene Abstimmungen zusätzlich gewonnen, dies obwohl SP und Grüne zwei Sitze weniger haben als zwischen 2007 und 2011. Der «Rutsch nach links» (NZZ) ist deutlich feststellbar. Und er ist nur möglich, weil CVP, BDP und Grünliberale sich mit der SP zusammenschlossen.
Hermann untersuchte auch, in welchen Politikfeldern der Linksrutsch war. Am stärksten ist er in der Sozialpolitik: Während bis 2011 Mitte-Rechts zwei von drei Abstimmungen gewann, sank die Erfolgsquote in den letzten vier Jahren auf weniger als 50 Prozent. Entscheidend sind dabei zum Beispiel die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in ein Sozialwerk mit Umverteilung oder das Versenken der Reform der Invalidenversicherung (IV), obwohl diese dem Volk bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV versprochen worden war. Bei beiden Geschäften paktierte die Mitte mit der SP und den Grünen. Ähnlich rutschten die Koalitionen nur in der Energiepolitik (vor allem wegen der Energiestrategie) und im Bereich Forschung und Kultur wegen der Aufstockung der Subventionen, welche von rechts mit finanzpolitischen Argumenten bekämpft wurde. Entscheidend waren personelle Veränderungen vor allem in der CVP-Gruppe in der Sozial- und Gesundheitspolitik.
Es gibt aber auch den umgekehrten Fall: In der Landwirtschaftspolitik gewinnt Mitte-Rechts zwei von drei Abstimmungen. Vier Jahre vorher waren es erst 52 Prozent gewesen. Der Grund dürfte in einem personellen Schachzug des Bauernverbandes liegen: Seit ihr Präsident aus der CVP kommt, ist Kritik an der Landwirtschaftspolitik in der Partei verstummt.
FDP-Parteipräsident Philipp Müller sieht sich in seiner Wahrnehmung bestätigt: «Der Linksrutsch der sogenannten «Neuen Mitte» gibt der SP ein grösseres Gewicht, als ihr von ihrer Parteistärke eigentlich zukommt.» Der direkt angesprochene CVP-Parteichef Christophe Darbellay winkt ab. «In den meisten Fällen gibt Rechts den Ton an», sagt er. Die CVP habe nur bei einzelnen Themen mit Links zusammengearbeitet. «Das Paradies wäre es, mit der FDP zusammen regieren zu können», sagt er, die 50-Prozent-Allianz mit der SP und den Grünen entschuldigend.

«Es ist tatsächlich bemerkenswert»

Politologe Michael Hermann spricht von einer Richtungswahl am 18. Oktober

Von Martin Furrer

BaZ: Herr Hermann, das Schweizer Parlament sei nach links gerutscht, vermeldeten Online-Medien gestern, nachdem Sie Ihr Parlamentarierrating in der NZZ publiziert hatten. Das ist aber nur die halbe Wahrheit ...

Michael Hermann: ... absolut, ja, weil ich das Stimmverhalten der Ständeräte nicht im Zeitvergleich analysieren konnte, da in der kleinen Kammer erst seit einem guten Jahr elektronisch abgestimmt wird. Und weil Mitte-Rechts im Nationalrat immer noch 50 Prozent der Abstimmungen gewinnt.

Trotzdem die Frage: Würden Sie den Ständerat als Mitte-links-Gremium bezeichnen?

Im Ständerat ist tatsächlich die Rechte noch etwas schwächer als im Nationalrat.

Die SP erklärte in der Vergangenheit stets, sie kämpfe gegen ein mehrheitlich bürgerliches Parlament. Jetzt liefern Sie den Beleg dafür, dass der Nationalrat in den vergangenen vier Jahren nach links gerutscht ist. Sind Sie selber überrascht von Ihrem Befund?

Ich bin es insofern, als die Linke bei den letzten Wahlen Sitze verloren hat. Es ist in der Tat bemerkenswert, dass in der urbürgerlichen Schweiz Mitte-Links die Hälfte der Abstimmungen gewinnt.

Man spricht von einer «Richtungswahl», die am 18. Oktober ansteht. Sehen Sie das auch so?

Es ist tatsächlich eine Richtungswahl, denn es spielt gerade aufgrund der zahlreichen wechselnden Allianzen im Parlament eine grosse Rolle, wem man als Wähler seine Stimme gibt.

Ihre Untersuchung könnte Wähler frustrieren, weil ihnen dadurch vor Augen geführt wird, dass sich ihre Partei der Wahl im Laufe einer Legislatur anders entwickeln kann als von ihr ursprünglich gewünscht.

Dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zwischen zwei nationalen Wahlen verändern können, ist normal. Hauptgrund für die Verschiebung nach links sind die Sitzverluste von SVP und FDP vor vier Jahren. Die CVP zum Beispiel blieb insgesamt stabil, aber das Korrektiv-Potenzial auf der rechten Seite ist kleiner geworden. Wenn man als Wähler die ideologische Ausrichtung des Parlaments ändern möchte, wenn man also zum



Verschiebungen. Während die Parteien stabil bleiben, ändern einzelne ihrer Exponenten die Richtung. Foto Keystone

Beispiel wünscht, dass das Parlament mehr nach rechts geht, sollte man Parteien rechts von der Mitte wählen. Wenn man will, dass es nach links schwenkt, sollte man Parteien links der Mitte wählen. Die Mitte wählt man, um die Kompromisskultur zu stärken, und nicht für einen Richtungswechsel.

«Es spielt eine grosse Rolle, wem man als Wähler seine Stimme gibt.»

Die CVP hatte früher einen starken Wirtschaftsfügel, geprägt vom 1982 gegründeten Arbeitskreis Wirtschaft und Gesellschaft. Warum ist der rechte Flügel in der Partei heute keine dominierende Kraft mehr?

Es hat eine Aussortierung stattgefunden. In den traditionellen katholischen Kantonen, wo die CVP einst die grosse bürgerliche Kraft war, die vom

Bauern bis zum Gewerkschaftsvertreter alles abdeckte, hat die CVP viele Wähler gegen rechts verloren. Das führte langfristig dazu, dass die CVP eingemittelt wurde. Denn einen richtig starken linken Flügel hat die CVP auch nicht mehr, er wurde ebenfalls marginalisiert. Die CVP ist ideologisch homogenisierter denn je. Der Mainstream innerhalb der CVP wurde auf Kosten des linken und des rechten Flügels gestärkt.

Die BDP gleicht sich gemäss Ihrer Studie immer mehr der CVP an. Wie sind Sie zu diesem Befund gekommen?

Ich kann das nicht an einzelnen Sachabstimmungen festmachen. Generell stelle ich aber fest, dass viele Mittelpolitiker zur BDP gestossen sind. Darunter sind einige Männer und Frauen, die womöglich bei der CVP gelandet wären, wenn sie katholisch wären.

Warum ging auch in der Energiepolitik der Trend Richtung Mitte-Links?

Das hängt wohl mit dem Zeitgeist zusammen. Nach dem Reaktor-

unglück in Fukushima sind neue politische Mehrheiten entstanden. Und es ist typischerweise die Mitte, die am stärksten auf den Zeitgeist reagiert, es sind nicht die Pole, weil deren Vertreter oft in einem Spannungsfeld leben, wenn sie zum Beispiel Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen wichtig finden.

POLITIKER AUS DER REGION AUF DER LINKS-RECHTS-SKALA

Christian Miesch (SVP, BL)	9,5
Sebastian Frehner (SVP, BS)	8,6
Thomas de Courten (SVP, BL)	8,3
Susanne Leutenegger (SP, BL)	-9,1
Silvia Schenker (SP, BS)	-8,8
Beat Jans (SP, BS)	-8,0
Eric Nussbaumer (SP, BL)	-7,9
Elisabeth Schneider (CVP, BL)	1,4
Markus Lehmann (CVP, BS)	1,9
Daniel Stolz (FDP, BS)	2,6
Daniela Schneeberger (FDP, BL)	3,1
Maya Graf (Grüne, BL)	-7,4

-10 heisst ganz links, +10 ganz rechts. Auswertung aufgrund von 974 Abstimmungen.